



Straßenfest in Havanna

KUBA

Karibischer Tiger

Präsident Raúl Castro will die marode Wirtschaft der Insel offenbar nach dem Vorbild des südostasiatischen Tigerstaats Vietnam ausrichten. Das zumindest legen Pläne nahe, die von der Regierung in Havanna vergangene Woche beschlossen wurden: Die Wirtschaft soll dezentralisiert, Privatunternehmen sollen gestärkt und Subventionen abgeschafft werden. Die Libreta, das Bezugsbüchlein für rationierte Lebensmittel, würde demnach endgültig verschwinden. Auch den doppelten Wechselkurs für Devisen und einheimische Pesos will die Regierung langfristig aufheben. Doch ähnlich wie in Vietnam wird das sozialistische Herrschaftsmodell nicht angetastet.



Raúl Castro

ENRIQUE DE LA OSA / REUTERS

Die Reformvorschläge sollen auf dem 6. Kongress der Kommunistischen Partei im April absegnen werden. Raúl Castro hatte ihn immer wieder verschoben, vermutlich weil die Regierungsspitze mit seinem Bruder Fidel lange Zeit über den zukünftigen Kurs nicht einig werden konnte. Der einstige Revolutionsführer gilt als Gegner einer Öffnung, deshalb fallen die Reformen auch eher halbherzig aus. Die „Konzentration von Eigentum“ soll verboten, der Insel die Planwirtschaft erhalten bleiben. Womöglich kommen die Reformen ohnehin zu spät, denn Kuba ist praktisch bankrott. Junge Kubaner sehen kaum noch eine Perspektive, viele versuchen über Drittländer in die USA zu gelangen. Und die nächste Verarmungswelle zeichnet sich bereits ab: Um den Staatshaushalt zu entlasten, wird die Regierung bis zum März 500 000 Staatsangestellte entlassen. Sie sollen künftig auf eigene Rechnung wirtschaften – ohne Weiterbildung, Kredite und freien Zugang zu Waren.

IRAK

Obama machtlos

Acht Monate lang haben Washington und Teheran um eine neue Regierung in Bagdad gerungen, am Ende schaltete sich US-Präsident Barack Obama sogar persönlich ein. Doch der Sieger heißt – Iran. „Mit Gottes Willen hat das irakische Volk gezeigt, wie weise und wachsam es ist“, feierte Irans Wächter das Ergebnis der Verhandlungen: Teherans Favorit, der schiitische Islamist Nuri al-Maliki, bleibt Regierungschef, obwohl er die Parlamentswahl im März verlor. Amerikas Wunschkandidat, der säkulare

Ijad Alawi, der knapp gewonnen hatte, wird mit der Führung eines neu zu schaffenden, bislang nur vage umrissenen Sicherheitsrats abgespeist. Noch vorige Woche hatte Obama selbst irakische Kurdenführer anrufen und sie gedrängt, zu Alawis Gunsten zumindest auf das zeremonielle Amt des Staatspräsidenten zu verzichten. Auch dafür reichte sein Einfluss nicht: Präsident wurde erneut der mit Irans Führung gut vernetzte Kurde Dschalal Talabani, der, gesundheitlich angeschlagen, am Stock ins Parlament schritt. Wenige rechnen damit, dass er seine volle Amtszeit wahrnehmen wird, aber niemand erwartet, dass er seinen Platz für Alawi räumt. Amerikas ge-

scheiterter Kandidat verließ nach einer Abstimmungsniederlage den Saal unter Protest. Seiner Partei bleibt nur das Amt des Parlamentspräsidenten.



Alawi, Maliki

HADI MIZBAN / AP / DAPD